

48,2 % „Lohnerhöhung“

48,2 Prozent "Lohnerhöhung"! Etwa für die im Lohnkampf stehenden Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes? Oder für die vor einer harten Tarifauseinandersetzung stehenden Metallarbeiter? Sollen die mit Warnstreiks ihre Forderungen unterstreichenden Postangestellten einen solchen Schluck aus der Lohnpulle bekommen?

Nichts da! An keinen der vielen Millionen Werktätigen, die von der schlimmsten Teuerungswelle seit 22 Jahren am härtesten betroffen werden, ist bei dieser wahrhaft fürstlichen Aufmöbelung des Portemonnaies gedacht. An eine solche "Teuerungszulage" haben die Bundestagsabgeordneten an

sich selber gedacht.

Wer das Kreuz hat, segnet sich zuerst. Und - um es in abgewandelten biblischen Worten zu sagen - sie predigen öffentlich Wasser (sprich "maßhalten") und trinken heimlich Wein.

Wohlgemerkt - kein Mensch wird etwas dagegen einwenden, wenn Volksvertreter angemessen entlohnt werden. Angemessen kann aber doch nur sein, wenn sich die Einkünfte der Abgeordneten an den Verdiensten der Arbeiter und Angestellten orientieren.

Vorläufig tun die Arbeiter und Angestellten gut daran, sich an den ausgesprochen selbstbewußten Forderungen der Herren Abgeordneten zu orientieren.

Lohnkampf '74

Unter diesem Motto behandelt Dr. Heinz Schäfer, Darmstadt, aktuelle Fragen der Lohnbewegung 1974

Haben wir mit einem Rückgang der Kaufkraft zu rechnen?

Welche Ursachen hat die Krise?

Wird sich die Krise verschärfen?

Welche Schlußfolgerungen gibt es für Arbeiter u. Angestellte?

Wir laden alle Bürger Mörfeldens zu diesem interessanten Diskussionsabend am Freitag, dem 8. Februar, 20 Uhr im kleinen Gesellschaftssaal des Bürgerhauses herzlich ein.

Höchste Teuerung seit 22 Jahren!

Das Jahr 1973 brachte der Bundesrepublik den höchsten Preisanstieg seit 22 Jahren. Um 7,8 Prozent lagen im Dezember vergangenen Jahres die Lebenshaltungskosten über dem Stand des Vorjahres. Die Teuerung erfaßte alle Bereiche.

Teuerung setzt sich 1974 fort

Für das Jahr 1974 wird eine Preissteigerung von 7,5 bis 8 Prozent prognostiziert. Diese Prognosen sind in der Vergangenheit immer überboten worden und jeder kann diese Entwicklung schon heute angesichts der steigenden Heizöl- und Benzinpreise absehen. Die Postgebühren, Telefon, Fernsehen, Bahn sind schon oder werden noch in diesem Jahr teurer werden. Auch die kommunalen Gebühren steigen.

Vor diesem Hintergrund sind die Gewerkschaften ÖTV, IG Metall, Holz, Druck und Papier angetreten, das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten zu sichern. Forderungen von 15 bis 18 Prozent liegen auf dem Tisch und werden von den Arbeitnehmern energisch vertreten. Ein Beispiel für die Höhe der Forderungen: Um das Kaufkraftniveau zu halten werden 11,6% Lohnerhöhung benötigt, rechnet man mit 8% Preissteigerung. Der Rest von 3,6% wird von der Steuer und Sozialversicherung aufgefressen. Im letzten Jahr wurde die Arbeitsproduktivität der deutschen Wirtschaft um 4,5 bis 5% erhöht. Dies

sollte ebenfalls auch den Beschäftigten zugute kommen.

Die letztjährige Erhöhung des Lohnes in der Metallindustrie Hessen von 8,5% hat einen Kaufkraftschwund bedeutet. Dieser soll nach den Richtlinien von Unternehmerverbänden und Regierung fortgesetzt werden. Bundeskanzler Brandt unterscheidet sich mit seinen Appellen nicht von den "Maßhalte"-kanzlern Erhard und Kiesinger. Dies bedeutet einen krassen Eingriff in die Tarifautonomie. So wird man auch die künstliche Krise um die Energieversorgung, Kurzarbeit und Entlassungen werten können. Mit der Angst um den Arbeitsplatz sollen die Arbeitnehmer zu niedrigen Lohnforderungen gezwungen und die gewerkschaftliche Kampfkraft unterhöhlt werden. Schon benutzt man die Meinungsmedien um der Bevölkerung einzureden, daß jedes Prozent Lohnerhöhung mehr Arbeitslose und Kurzarbeit bedeute. Das Gegenteil ist der Fall. In Wirklichkeit gibt es heute Kurzarbeit und Entlassungen, weil die Preise zu hoch sind und die arbeitende Bevölkerung zu wenig kaufen kann.



HÖHERE LÖHNE SICHERN DIE ARBEITSPLÄTZE